

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(98. - öffentliche - Sitzung am 26. Februar 2026)

Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes und des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/8942](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (Gesetz zum polizeilichen Einsatz und zur Abwehr von Drohnen)**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/7488](#)
- c) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes**
(Gesetz zur Einführung einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung bei häuslicher Gewalt)
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6274](#)
- d) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (Gesetz zur Einführung künstlicher Intelligenz bei der Videoüberwachung und Fahndung)**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5312](#)

Der Ausschuss führt eine Anhörung durch. Angehört werden:

- Landesbeauftragter für den Datenschutz Niedersachsen
- Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB - Niedersachsen
- Deutsche Hochschule der Polizei - DHPol
- Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen
- Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit
- Universität zu Köln
- Hochschule der Akademie Hamburg - Professur für Öffentliches Recht Forschungsstelle Europäisches und Deutsches Sicherheitsrecht (FEDS)
- Gewerkschaft der Polizei - Landesverband Niedersachsen

2. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur „Einstufung der AfD Niedersachsen als Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung“**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der AfD vom 19. Februar 2026 zu und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.